



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/13 - 16.1.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Gefährdetes Bundesvermögen	S. 1
Frankreich spricht von Neuwahlen	S. 3
Die Stahlpreise bei der Montan-Union	S. 5
SPD zum Tode Höpker-Aschoffs	S. 7

## Inserate und Plakate

F.B. Fragen der Einheit Deutschlands sind Schicksalsfragen der gesamten Nation und Pflicht jeder Regierung sollte es sein, diese Fragen gemeinsam einer Lösung näherzubringen. Warum soll man diesen Willen zur Einheit und Freiheit nicht auch auf Plakaten zum Ausdruck bringen? Nun zur Zeit prangen riesige Plakate an den Litfaßsäulen, mit schwarz-rot-goldener Umrandung, dem Bundesadler und einem Text zu Fragen der Einheit Deutschlands, den jedermann unterschreiben könnte. Unterschreiben dürften allerdings nur die Angehörigen des Mammutkabinetts der zweiten Regierung der Bundesrepublik Deutschland, vom Bundeskanzler bis herunter zu den vier Ministern z.B.V. Wahrlich, eine schöne Demonstration der "Einheit", wenn man das Parlament ausschaltet, die demokratischen Parteien, die nach Artikel 21 des Grundgesetzes "bei der politischen Willensbildung des Volkes" mitwirken, übergeht, und so tut, als wenn die Regierung der Staat ist.

Wenn man sich daran erinnert, daß bei einer früheren Aktion nicht so einseitig und selbstherrlich verfahren wurde, dann wird die Absicht, die vorstimmte, noch deutlicher. Aber wer es nötig hat ...

Wer sich gleichfalls anmaßt, zum Staat zu werden, das haben wir groteskerweise einem Inserat der "Frankfurter Allgemeinen" vom 15. Januar 1954 entnommen. Das Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, unterzeichnet von Prof. Dr. Erich Welter, der gleichzeitig Mitherausgeber dieser Zeitung ist, teilt mit, daß es seit langem an einer wissenschaftlichen, also "tendenzfreien" Untersuchung der Frage arbeitet, welchen Grad die Entprivatisierung der deutschen Wirtschaft erreicht hat. Und um mehr Licht in die teilweise noch Ansicht des Inserenten nicht ganz durchsichtigen Beteiligungsverhältnisse der öffentlichen Hand bringen zu können, bittet das Forschungsinstitut alle öffentlichen Körperschaften, aber auch private Persönlichkeiten, Unternehmen und Verbände, ihm zwecks Ergänzung der Unterlagen geeignetes Material zur Verfügung zu stellen. Angeblich um festzustellen, welchen Grad die Entprivatisierung der deutschen Wirtschaft erreicht hat, in Wirklichkeit, um die Unterlagen für einen Reprivatisierungsantrag zu schaffen, noch deutlicher gesagt, um zu erfahren, welche lohnende Happen nach dem 6. September die private Großindustrie schlucken könnte.

Man geht ziemlich in die Details, man will wissen, an welchen Unternehmungen, gleich welcher Größe, Organisation und Rechtsform die öffentliche Hand direkt oder indirekt beteiligt ist, wie hoch diese öffentliche Beteiligung ist, welche Art und welchen Umfang die Tätigkeit dieser Unternehmen hat und wieviel Personen beschäftigt werden. "Hinweise und lückenhafte Angaben", so heißt es in dem Inserat, "können auch wertvoll sein".

Diese Veröffentlichung des Inserats dürfte laufende Arbeiten des von den Unternehmerverbänden getragenen Industrie-Instituts ergänzen, das nicht nur das erfahren möchte, sondern auch kaufmännische Bilanzen wünscht, das heißt, es möchte wissen, welche Unternehmen gewinnbringend sind und sich zur Reprivatisierung eignen.

Wohlverstanden, jeder Staatsbürger hat das Recht zu wissen, über welches Vermögen der Bund verfügt. Der Bund ist sogar gehalten, es in einer Anlage zum jeweiligen Haushaltsplan auszuweisen, und er ist dieser Verpflichtung auch vor wenigen Tagen nachgekommen. Mit welchem Recht aber maßen sich private und nicht einmal viertelamtliche Institutionen an, zu Dingen aufzurufen, die, würden sie von den Gewerkschaften geplant sein, als Industriespionage gebrandmarkt würden. Man sieht, der Staatsbegriff ist sehr auslegungsfähig und sehr schwankend geworden. Aber wenn die Bundesregierung mit "gutem Beispiel" vorangeht, was will man von den Kreisen erwarten, die sie bei den Wahlen finanziell in den Sattel gehoben haben?

Eine Mehrheit gesucht

G.S.-Paris, Mitte Januar

Theoretisch besteht in Frankreich eine Regierungsmehrheit. Sie setzt sich aus den "liberalen" Radikalen, den konservativen Unabhängigen, den früheren Gaullisten und den katholischen Volksrepublikanern zusammen. Aber jeder weiß, daß diese Regierung nur noch existiert, weil die Berliner Konferenz bevorsteht, und im Grunde niemand will, daß Frankreich zu diesem Zeitpunkt ohne Regierung dasteht. So erklärt sich die Mehrheit, die Ministerpräsident Laniel bei der letzten Abstimmung erhielt.

Was aber wird nach der Berliner Konferenz in Paris geschehen? Im Negativen kann diese Frage mit aller Wahrscheinlichkeit so beantwortet werden: Die Regierung wird gezwungen sein, das Parlament vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Sie wird zu diesem Schritt gezwungen sein, obwohl sie genau weiß, daß eine derartige Maßnahme in keiner Weise zu der Lösung der Probleme beitragen kann, vor denen sich die französische Politik befindet. Denn diese Probleme sind nicht arithmetischer, sondern politischer Natur, und auch eine Neuverteilung der Sitze (eventuell aufgrund eines neuen Wahlgesetzes) würde an den Schwierigkeiten nichts ändern.

Worin bestehen diese Schwierigkeiten? Zwischen den Parteien und innerhalb der einzelnen Parteien selbst besteht in fast keiner Frage jenes Minimum von Einverständnis, das erforderlich ist, um eine arbeitsfähige Mehrheit und Regierung zustandezubringen. Innerhalb der volksrepublikanischen Partei (MRP) tobt der Kampf zwischen den "Sozialen" und den Konservativen; innerhalb der Radikalen Partei bekämpfen sich die Anhänger der EVG und deren Gegner, sowie jene, die für ein Zusammengehen mit den Sozialisten sind und jene, die auf keinen Fall etwas davon wissen wollen; innerhalb der Sozialistischen Partei stehen sich Anhänger und Gegner der EVG gegenüber; bei den Gaullisten bekämpfen sich die "Harten" und die "Weichen", jene, die aus der Regierungskoalition ausbrechen und jene, die unbedingt in ihrem Rahmen bleiben

wollen; bei den Unabhängigen schließlich tobt der Kampf zwischen den Anhängern Laniel und Pinays, der teils durch persönliche, teils durch Interessengegensätze gekennzeichnet ist. Begreift man diesen Streit, so wird klar, warum die Parteigrenzen in immer größerem Maße verwischt werden.

Die Gewinner sind die Kommunisten. Die moralische Isolierung, in die die Kommunistische Partei vor langer Zeit geriet, ist zum Teil durchbrochen worden. Naogelen protestierte kaum, als ihm die Kommunisten in Versailles ihre Stimmen zutrugon, und Le Troquer erinnerte nach seiner Wahl zum Präsidenten der Nationalversammlung den kommunistischen Alterspräsidenten Cachin sogar daran, daß sie einst in der "gleichen Partei" gewesen seien. Gewiß handelt es sich da um parlamentarische Höflichkeiten, und man kann sich schließlich auf den Standpunkt stellen, daß man die kommunistischen Stimmen annehmen kann, ohne deshalb politische Konzessionen zu machen - aber es wäre besser, es ausdrücklich zu sagen ...

Gleichzeitig mit der in Frankreich wachsenden Tendenz, die französisch-russische Allianz wiederaufleben zu lassen wächst die Neigung, die Kommunisten wieder in die "nationale Gemeinschaft" einzugliedern. Die Kommunisten ihrerseits tragen - übrigens mit einigen Erfolg - dazu bei, diese Tendenz zu stärken. Da Sozialisten, Kommunisten und Radikale - die Partner der alten "Volksfront" - oft gemeinsam stimmten, ist in der Presse in steigendem Maße von einer neuen Volksfront die Rede. Aber auch Le Troquer, der so freundliche Worte für den Kommunisten Cachin fand, würde diese Perspektive für absurd halten. Es müßten in der Tat weltbewegende Dinge geschehen, bevor sich Sozialisten und Radikale entschließen, eine Einheitsfront mit den Kommunisten einzugehen. Aber diese tun alles, um mit allen "guten Franzosen" zusammenzugehen. Noch aber ist es nicht so weit.

Das ist die Charakteristik der französischen Situation: Es gibt weder eine linke, konservative, noch auch eine "liberale" Mehrheit und vorläufig ist auch nicht abzusehen, wie die tiefen Gegensätze zwischen den und innerhalb der Parteien vorkleistert werden könnten. Neuwahlen, von denen mehr und mehr die Rede ist, wären nur ein Pflasterchen auf eine tiefe Wunde.

Das Stahlpreisfiasko der Hohen Behörde

(ap) Die erste Woche des neuen Jahres brachte mit der Entscheidung Nr. 2/54 des Eingeständnis der Hohen Behörde in Luxemburg, daß es ihr nicht möglich war, den Artikel 60 bei den Stahlindustrien der beteiligten Länder durchzusetzen. Dieser Artikel besagt, daß alle Unternehmen Preislisten veröffentlichen müssen, die auf jedes einzelne Geschäft Anwendung zu finden haben; andernfalls der Tatbestand einer Diskriminierung gegeben sei. Wer beispielsweise billiger verkaufen wolle, müsse seine Preisliste verändern.

In Wirklichkeit haben besonders die belgischen Stahlwerke in der zweiten Hälfte 1953 ihre Listenpreise teilweise um 40 Prozent unterboten und zu diesen niedrigen Preisen erhebliche Umsätze getätigt. Belgiens Stahlindustrie ist ebenso wie die Luxemburgs auf den Export angewiesen, zumindest aber auf den Absatz außerhalb ihrer engen Landesgrenzen. Die scharfen Preisnachlässe in beiden Ländern stehen ebenso markanten Preissteigerungen in Situationen wie die Korea-Krise gegenüber. Man hat in der westdeutschen Stahlindustrie solchen, auf diese beiden Länder begrenzten Erscheinungen nicht allzu große Bedeutung beigemessen.

Anders werden die Dinge allerdings, wenn auch die französische Stahlindustrie angesichts der weit unter dem deutschen Niveau liegenden Kaufkraft der französischen Bevölkerung sich anschickt, unter Nichterhaltung ihrer offiziellen Listen ihren Absatz in Deutschland zu suchen. Die Entscheidung der Hohen Behörde vom 7. Januar 1954 ist eine Sanktionierung der bisherigen Verstöße gegen die Preislisten-Bestimmungen. Danach dürfen nämlich die Listenpreise um  $2 \frac{1}{2}$  Prozent über- oder unterschritten werden. Das besagt nun nicht etwa, daß bei einer Einzelsorte entsprechend von dem Listenpreis abgewichen werden kann, sondern: Die in einem Zeitraum von 60 Tagen umgesetzten Mengen

verschiedener Stahlorten dürfen keinen Erlös ergeben, der um mehr als 2 1/2 Prozent von dem gleichen Umsatz zu Listenpreisen abweicht.

Es ist also möglich, daß ein Stahlwerk für ein bestimmtes Produkt, an dessen Einführung auf einem ihm sonst nicht zugänglichen Markt ihm viel gelegen ist, unbegrenzten Preisnachlaß gewährt, sofern sein Gesamtumsatz preislich nur um 2 1/2 Prozent von seinen Listenpreisen abweicht.

Man fragt sich, wie die Hohe Behörde ihre neue Bestimmung überwachen will. Es ist jedenfalls noch sehr viel schwieriger geworden, einem Unternehmen nachzuweisen, daß es bestimmte Abnehmer bevorzugt und andere benachteiligt. Sie muß sich also auch mehr noch als bisher auf den Zufall verlassen, der ihr einwandfreies Material über die verbötenen Praktiken einzelner Werke auf den Tisch legt.

Interessant ist nun - abgesehen von dem scharfen Protest der deutschen Stahlindustrie gegen die Verwässerung des Artikels 50 - daß man in diesen Kreisen wieder einmal nicht geneigt ist, die Interessen der westdeutschen Grundstoffindustrie gegen den von Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard und seinem Professorenkreis angestrebten Super-Liberalismus zu verteidigen. Es gab nämlich eine Reihe von Vorschlägen aus den Reihen der Industrie selbst, die der Hohen Behörde nahelegten, Abweichungen von den Listenpreisen zuzulassen, wenn es sich um exportorientierte Aufträge, öffentliche Programme, langfristige Investitionen handelt. Übrigens wurde der von der Stahlindustrie so abgelehnte Margenvorschlag - und zwar sogar mit einer Marge von 20 Prozent - anfänglich besonders von Vizopräsident Etzel unterstützt, der selbst jenem Professorenkreis nahesteht. Anscheinend gibt man sich in Kreisen der Stahlindustrie immer noch der Hoffnung hin, durch Rücksichtnahme auf die Innen- und vor allem Außenpolitik der Bundesregierung die Zustimmung zu einer Kartellbildung auf die Dauer erkaufen zu können.

+ + +

Telegramme der SPD zum Tode Höpker-Aschoff

Frau Präsident HÖPKER-ASCHOFF,

Karlsruhe

"Hochverehrte gnädige Frau !

Tieferschüttert über den Tod Ihres verehrten Mannes dürfen wir Ihnen namens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unser herzlichstes Beileid aussprechen. Mit ihm hat die deutsche Demokratie und das ganze deutsche Volk einen außerordentlich schweren Verlust erlitten. Für immer wird Hermann Höpker-Aschoff im Buch der deutschen Geschichte als der Name eines rechtschaffenen und aufrechten Mannes verzeichnet stehen, dessen Tatkraft die Wiederaufrichtung des deutschen Staatswesens und seiner Rechtsordnung mit zu verdanken ist. Wir werden sein Andenken stets in hohen Ehren halten.

ERICH GILLENHAUER

WILHELM MELLIES"

+ + +

An das BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Karlsruhe

"Allen Mitgliedern des höchsten deutschen Gerichtshofes darf ich mein herzlichstes Beileid zu dem unersetzlichen Verlust aussprechen, der das Bundesverfassungsgericht und mit ihm das ganze deutsche Rechtsleben getroffen hat. Die unbeugsame Rechtschaffenheit seines verewigten Präsidenten hat in den Herzen aller rechtlich denkenden Menschen in Deutschland den Ruf des Bundesverfassungsgerichtes als Hort des Rechts gegründet. Der Geist Höpker-Aschoffs möge weiter in der Rechtsprechung walten.

Dr. ARNDT

Mitglied des Bundestages und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht"

+ + +

Frau HÖPKER-ASCHOFF

Karlsruhe

"Hochverehrte gnädige Frau !

Ergriffen von der Nachricht über den Verlust, der Sie so schmerzlich getroffen hat, darf ich Sie bitten, die Versicherung meiner herzlichsten Anteilnahme entgegen zu nehmen. Mit Hermann Höpker-Aschoff verlieren wir alle einen deutschen Staatsmann, einen Wächter der Demokratie, einen unbeugsamen Hüter der Verfassung und vor allem einen frei und edel denkenden Menschen. Sein Leben und Wirken muß uns vorbildlich bleiben.

In trauernder Verbundenheit  
Ihr ergebenster Dr. ARNDT

Verantwortlich: Peter Raunau